

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



18.3379 s Mo. Ständerat (RK-SR). Zugriff der Strafverfolgungsbehörden auf Daten im Ausland

Bericht der Kommission für Rechtsfragen vom 25. Oktober 2018

Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates hat an ihrer Sitzung vom 25. Oktober 2018 die von der Kommission für Rechtsfragen des Ständerates am 23. März 2018 eingereichte und vom Ständerat am 29. Mai 2018 angenommene Motion vorberaten.

Mit der Motion soll der Bundesrat beauftragt werden, eine gesetzliche Grundlage mit folgendem Inhalt auszuarbeiten: Soziale Netzwerke, die sich mit ihren Dienstleistungen an Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten richten, sollen in der Schweiz über eine Vertretung oder ein Zustelldomizil verfügen, die oder das Ansprechpartner für die schweizerischen Behörden ist und den Konsumentinnen und Konsumenten die einfache Einreichung von Beanstandungen ermöglicht. Der Bundesrat soll zudem auf internationaler Ebene aktiv darauf hinwirken, eine schnelle und effiziente Lösung für das Problem der Rechtsdurchsetzung im Internet zu erzielen.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt einstimmig die Annahme der Motion.

(Kategorie V)

Im Namen der Kommission
Der Präsident:

Pirmin Schwander

Inhalt des Berichtes

- 1 Text
- 2 Stellungnahme des Bundesrates vom 23. Mai 2018
- 3 Verhandlungen und Beschluss des Erstrates
- 4 Erwägungen der Kommission



1 Text

Der Bundesrat wird beauftragt:

1. eine gesetzliche Grundlage mit folgendem Inhalt zu unterbreiten: Soziale Netzwerke, die sich mit ihren Dienstleistungen an Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten richten, verfügen über eine Vertretung oder ein Zustelldomizil in der Schweiz. Die Vertretung oder das Zustelldomizil ist Ansprechpartner für die schweizerischen Behörden und ermöglicht den Konsumentinnen und Konsumenten die einfache Einreichung von Beanstandungen;
2. auf internationaler Ebene aktiv darauf hinzuwirken, eine Lösung für das Problem der Rechtsdurchsetzung im Internet zu erzielen. Die Lösung soll schnell und effizient ausgestaltet sein, jedoch rechtsstaatliche Prinzipien wahren.

2 Stellungnahme des Bundesrates vom 23. Mai 2018

Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion.

3 Verhandlungen und Beschluss des Erstrates

Am 9. März 2017 hat der Ständerat die Motion [16.4082](#) Levrat «Den Strafverfolgungsbehörden den Zugang zu Daten von sozialen Netzwerken erleichtern» der Kommission für Rechtsfragen des Ständerates zur Vorprüfung zugewiesen. Vor dem Hintergrund zusätzlicher Informationen der Verwaltung hat die RK-SR eine Kommissionsmotion eingereicht, welche die Umsetzung des Grundanliegens der Motion [16.4082](#) besser ermöglicht. Daraufhin wurde die Motion [16.4082](#) zurückgezogen. Der Ständerat hat die Kommissionsmotion ohne Gegenantrag am 29. Mai 2018 angenommen.

4 Erwägungen der Kommission

Die Kommission teilt das Anliegen der Motion. Aufgrund des Territorialitätsprinzips müssen die Behörden bei Daten im Ausland heutzutage auf aufwendige Rechtshilfeverfahren zurückgreifen. Die Kommission ist deshalb der Ansicht, dass sich die Schweiz bei der Ausarbeitung eines Zusatzprotokolls zum Übereinkommen des Europarates über die Cyberkriminalität weiterhin aktiv einbringen sollte. Daneben bestünde die Möglichkeit, bilaterale Abkommen zu schliessen, wie dies beispielsweise Grossbritannien mit den USA gemacht hat. Die Kommission ist zudem der Auffassung, dass eine Vertretung oder ein Zustelldomizil von sozialen Netzwerken in der Schweiz für die Behörden sowie die Konsumentinnen und Konsumenten hilfreich und eine entsprechende gesetzliche Regelung angezeigt wäre. Eine solche Regelung habe sich bereits in anderen Staaten bewährt. Dementsprechend erachtet die Kommission den Titel der Motion als irreführend. So ziele die Motion nicht auf einen Zugriff auf Daten im Ausland ab, da dies dem Territorialitätsprinzip widerspreche. Das eigentliche Thema der Motion sei stattdessen eine bessere Rechtsdurchsetzung. Aus diesen Gründen beantragt die Kommission einstimmig die Annahme der Motion.